

Donnerstag, 12. Juni 2014 Vormittag

Vorsitz: Standespräsident Hans Peter Michel / Standesvizepräsident Duri Campell
Protokollführer: Domenic Gross
Präsenz: anwesend 112 Mitglieder
entschuldigt: Caluori, Claus, Degonda, Della Vedova, Niggli-Mathis (Grüsch), Peyer, Righetti
Sitzungsbeginn: 8.15 Uhr

1. Bericht und Antrag der Präsidentenkonferenz für die Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (Rei- sezeitenschädigung) (separater Bericht)

Vertreter der
Präsidentenkonferenz: Michel

I. Eintreten *Antrag PK*
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung **Art. 40 Abs. 3**
Antrag PK
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 41 Abs. 1 und 3
Antrag PK
Gemäss Botschaft

Angenommen

Art. 43 Abs. 1
Antrag PK
Gemäss Botschaft

Angenommen

Inkrafttreten
Antrag PK
Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung

2. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GGO) mit 95 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

2. Antrag auf Direktbeschluss Fraktion SP betreffend mehr Transparenz im Grossen Rat für die Bündner Bevölkerung; (Änderung Art. 62a Abs. 2 Geschäftsordnung des Grossen Rates GGO) (Erstunterzeichner Thöny) (Erheblichkeitsklärung)

Erstunterzeichner: Thöny
Vertreter der
Präsidentenkonferenz: Michel

Antrag der PK

Der Antrag auf Direktbeschluss Fraktion SP sei für erheblich zu erklären.

Abstimmung

Der Grosse Rat erklärt den Antrag auf Direktbeschluss Fraktion SP mit 99 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung für erheblich und weist gleichzeitig das Geschäft der PK zur Vorbereitung zu.

3. Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 (Hochschulkonkordat) (Botschaften Heft Nr. 13/2013-2014, S. 1167)

Präsidentin der Kommission
für Bildung und Kultur: Locher Benguerel
Regierungsvertreter: Jäger

I. Eintreten *Antrag Kommission und Regierung*
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung **Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 bei.**

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Die Regierung wird ermächtigt, den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 zu erklären.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Die Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum.

Antrag Kommission und Regierung
Gemäss Botschaft

Angenommen

Schlussabstimmung

2. Der Grosse Rat stimmt dem Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich vom 20. Juni 2013 (Hochschulkonkordat) mit 96 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.

4. Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse Graubünden (Botschaften Heft Nr. 12/2013-2014, S. 1135)

Präsident der
Vorberatungskommission: Kollegger (Malix)
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

I. Eintreten *Antrag Kommission und Regierung*
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

II. Detailberatung

Art. 8 Abs. 1

a) Antrag Kommissionsmehrheit (6 Stimmen: Kollegger [Kommissionspräsident], Casutt Renatus, Dosch, Grass, Pedrini, Righetti; Sprecher: Kollegger [Kommissionspräsident])
und Regierung
Gemäss Botschaft

b) Antrag Kommissionsminderheit (3 Stimmen: Casanova-Maron, Kasper, Valär; Sprecher: Kasper)
Belassen gemäss geltendem Recht.

Abstimmung

Der Grosse Rat folgt dem Antrag der Kommissionsmehrheit und Regierung mit 67 zu 28 Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Schlussabstimmung

3. Der Grosse Rat stimmt der Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse Graubünden mit 71 zu 25 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

5. Bericht über die Kinder- und Jugendförderung im Kanton Graubünden (Botschaften Heft Nr. 11/2013-2014, S. 1073)

Präsidentin der Kommission
für Bildung und Kultur: Locher Benguerel
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Eintreten *Antrag Kommission und Regierung*
Eintreten

Eintreten ist nicht bestritten und somit beschlossen.

Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

Anfrage Michael (Donat) betreffend Zukunft des öffentlichen Verkehrs in den Regionen

In der Oktobersession 2013 bei der Behandlung der Petition "Bündner Generalabonnement (BÜGA) für alle Jugendlichen zur Hälfte gratis" hat Regierungspräsident Cavigelli bemerkt, dass ein Ausbau des Angebotes Kompensationen bei anderen Leistungen zur Folge hätte. Der Regierungspräsident erwähnte, dass beim sogenannten Regionalverkehr, der vom Kanton zu 100% finanziert werde, am effizientesten gespart werden könnte. Namentlich wurden die Buslinien Riein, Panix, St. Antönien, Schamserberg, Müstair, Samnaun und der Surselva Nachtbus erwähnt.

Im Bericht zur zweiten Vernehmlassung des Raumkonzeptes Graubünden will sich der Kanton erfreulicherweise dafür einsetzen, dass zwischen den kantonalen und regionalen Zentren sowie den touristischen Orten mit Stützfunktion eine durchgehende Transportkette im öffentlichen Verkehr sichergestellt wird. Leider wird aber im gesamten Bericht eine weitergehende Bedienung der Bevölkerung in den entlegenen Dörfern und Talschaften durch den öffentlichen Verkehr mit keinem Wort mehr erwähnt.

Angesichts der aufgeführten Punkte und weiteren Bemerkungen im Grossen Rat und an verschiedenen Veranstaltungen durch Exponenten des öffentlichen Verkehrs möchten die Fragesteller gerne wissen:

1. Droht dem Regionalverkehr, der durch den Kanton zu 100% finanziert wird, ein Abbau im Angebot?
2. Ist langfristig sogar mit der Streichung des öffentlichen Verkehrs in der Peripherie zu rechnen?

Michael (Donat), Steck-Rauch, Sax, Albertin, Baselgia-Brunner, Berther (Camischolas), Bleiker, Blumenthal, Bucher-Brini, Buchli-Mannhart, Casutt-Derungs Silvia, Clalüna, Clavadetscher, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Fallet, Fasanani, Furrer-Cabalzar, Gartmann-Albin, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Hardegger, Heinz, Heiz, Jaag, Joos, Kappeler, Koch (Tamins), Kollegger (Chur), Komminoth-Elmer, Locher Benguerel, Lorez-Meuli, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Meyer-Grass, Michael (Castasegna), Montalta, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Pedrini, Pfenninger, Pult, Stiffler (Chur), Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Trepp, Vetsch (Klosters Dorf), Waidacher, Wieland, Berther (Segnas), Deplazes, Felix (Scuol), Hensel, Monigatti, Müller (Susch)

Anfrage Bucher-Brini betreffend aktuelle Situation der Fahrenden im Kanton

In den letzten Wochen ist die Unzufriedenheit der Fahrenden über die fehlenden Stand- und Durchgangsplätze wie auch die Diskussion betreffend verstärktes Engagement gegen Antiziganismus erneut schweizweit aufgeflammt.

In Graubünden wurde gemäss Mitteilung der Regierung vom 5. September 2013 betreffend Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten am Status quo nichts geändert.

Es bestehen nach wie vor nur die beiden Standplätze Chur und Cazis sowie die Durchgangsplätze in Andeer, Bonaduz, Felsberg, Rodels und Tavanasa. Zusätzlich besteht ein Transitplatz für ausländische Fahrende in Domat/Ems.

Zu meinen Fragen:

1. Wie sieht die Situation betreffend genügend Stand- und Durchgangsplätze in Graubünden heute aus und wie beurteilt die Regierung das heutige Angebot betreffend Transitplätze für ausländische Fahrende? Besteht allenfalls Handlungsbedarf?
2. Die Gesellschaft für bedrohte Völker fordert ein verstärktes Engagement gegen Antiziganismus in der Schweiz. Wie beurteilt die Regierung die Situation betreffend Antiziganismus im Kanton Graubünden? Sieht die Regierung auch einen verstärkten Handlungsbedarf? Wenn ja, in welcher Form?
3. Aus welchen Gründen kam die gemäss Mitteilung der Regierung vom 5. September 2013 vorgesehene Aussprache mit Vertretern der Stand- und Durchgangsplätze nicht zustande?
4. Welche Themen gedenkt die Regierung bei der geplanten Aussprache im 2014 zu diskutieren und welche Zielsetzungen sind geplant?

Bucher-Brini, Baselgia-Brunner, Deplazes, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Jaag, Locher Benguerel, Müller (Davos Platz), Noi-Togni, Pfenninger, Pult, Thöny, Trepp, Hensel, Monigatti

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Standespräsident: Hans Peter Michel

Der Protokollführer: Domenic Gross